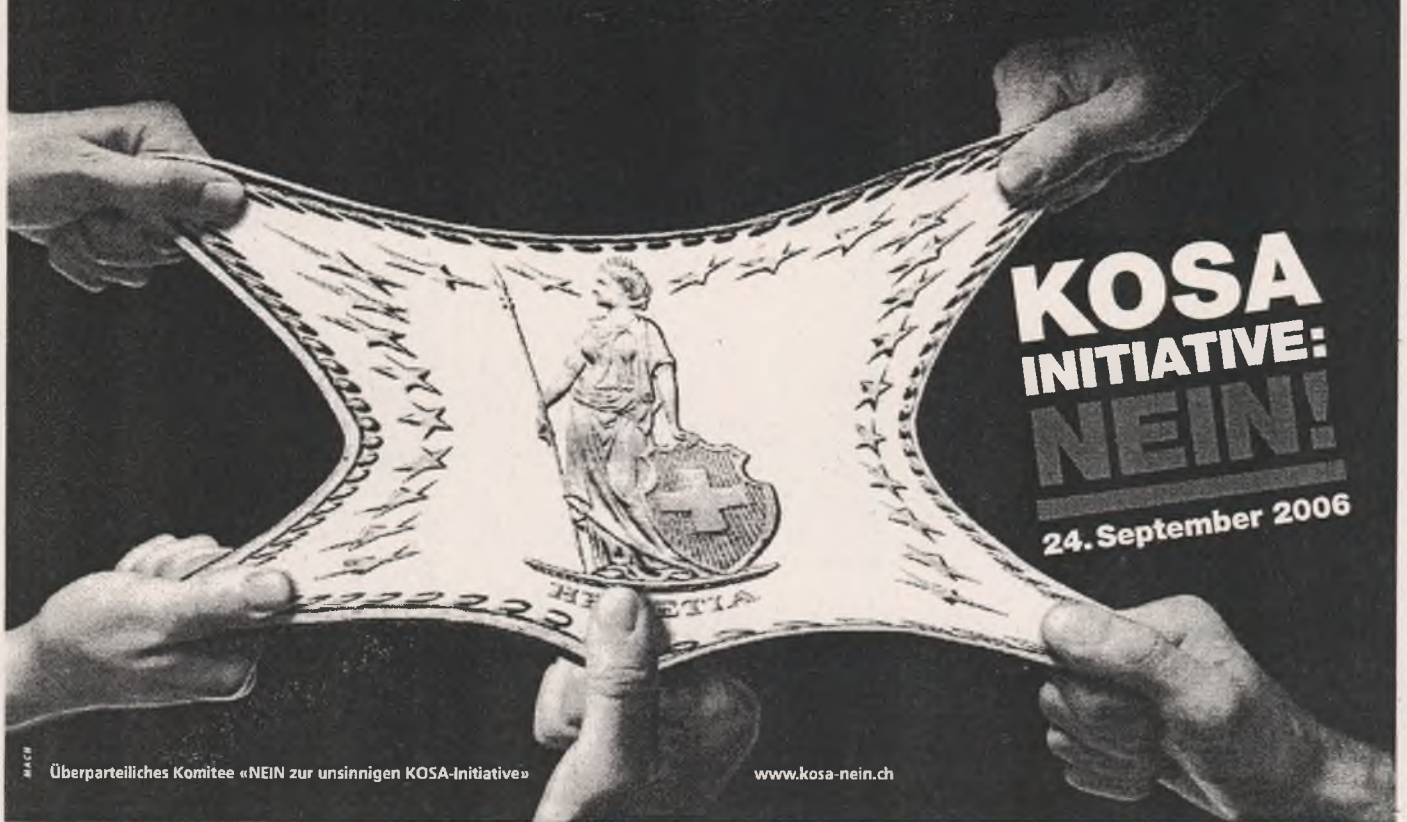


Hände weg von der Nationalbank.



NEIN zur unsinnigen KOSA-Initiative

NEIN
zu finanziellen Löchern bei den Kantonen

NEIN
zu weniger Stabilität des Schweizer Frankens

NEIN
zu einer Scheinlösung für die AHV

KOSA INITIATIVE: NEIN!

24. September 2006

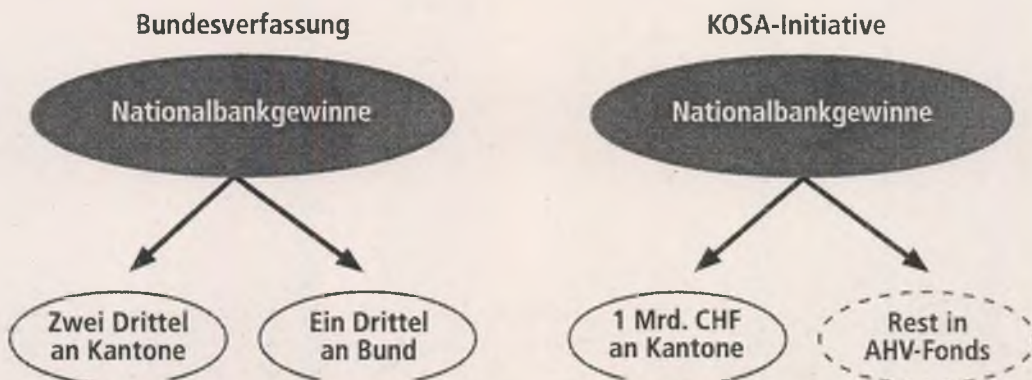
Sagen NEIN:

Bundesrat, Nationalrat,
Ständerat, CVP, FDP, SVP,
Konferenz der Kantons-
regierungen, Wirtschaft
und Schweizerische
Nationalbank.

Die Vorlage

Die Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV» wurde vom «Komitee sichere AHV» (KOSA) am 9. Oktober 2002 eingereicht. Hinter dem Komitee stehen Gewerkschaften und linke Kreise. Das Komitee will die Gewinne der Nationalbank neu verteilen. In erster Linie soll das Geld in den AHV-Fonds fließen und nicht mehr Bund und Kantone zur Verfügung stehen.

Nach dem heutigen Verteilschlüssel erhalten der Bund ein Drittel und die Kantone zwei Drittel der Nationalbankgewinne. Die Initiative will diesen bewährten Verteilschlüssel komplett ändern. Die Gewinne der Nationalbank sollen künftig jedes Jahr in den AHV-Fonds fließen – aus welchem auch alle Leistungen der IV und EO bezahlt werden –, vorbehaltlich einer Milliarde Franken für die Kantone. Würde die Initiative angenommen, so würden bei einem Nationalbankgewinn von drei Milliarden die Kantone eine Milliarde statt wie bisher zwei Milliarden erhalten. Der Bund ginge ganz leer aus. Bei einem Gewinn von einer Milliarde würde auch der AHV-Fonds nichts erhalten.



KOSA INITIATIVE: NEIN!

24. September 2006

Hinter diesem

Gegenvorschlag stehen:
alle vier
Bundesratsparteien.

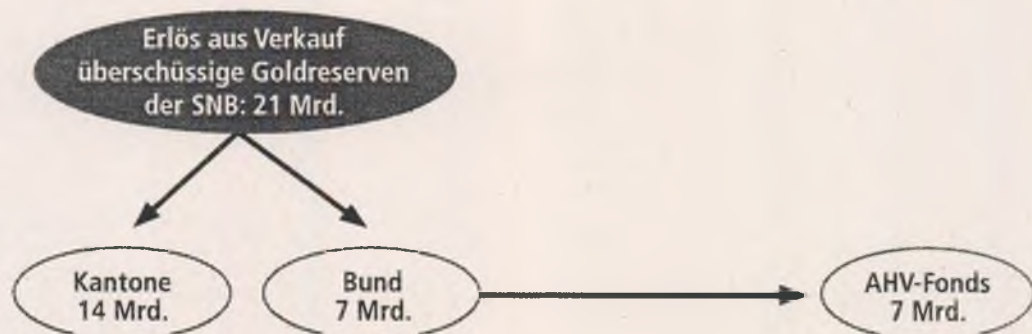
Der indirekte Gegenvorschlag

Bundesrat und Parlament lehnen die KOSA-Initiative ab. Sie stellen der Initiative jedoch einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber. Dabei bleiben die jährlichen Gewinne der Nationalbank unangetastet. Bund und Kantone erhalten weiterhin ihren rechtmässigen Anteil, wie es die Verfassung vorsieht. Die Nationalbank bleibt unabhängig, die Preisstabilität gewahrt.

Der Gegenvorschlag legt fest, dass der Bundesanteil aus dem Erlös der überschüssigen Goldreserven in den AHV-Fonds fließen soll. CVP, FDP und SVP sind sich einig, dass der einmalige Betrag von sieben Milliarden Franken tatsächlich der AHV zugute kommen soll.

Gemäss Beschluss des Parlaments dürfen die sieben Milliarden aus dem Goldverkauf nur in den AHV-Fonds fließen, wenn die KOSA-Initiative zurückgezogen wird oder in der Volksabstimmung scheitert. Bei einer Annahme der KOSA-Initiative würden der AHV die sieben Milliarden vorenthalten. Vom Golderlös würde sie nichts erhalten.

Hinter diesem Gegenvorschlag stehen sämtliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier aller vier Bundesratsparteien.



KOSA INITIATIVE: NEIN!

24. September 2006

Jede dritte Lehrkraft
Gemäss KOSA-Initiative
erhält der Kanton
Solothurn jährlich über
22 Millionen Franken
weniger von der National-
bank. Davon könnte der
Kanton einen Drittel seiner
Lehrkräfte entlöhen.

375 Franken mehr
Steuern
Gemäss Initiative erhalten
Bund und Kantone gesamt-
haft 1,5 Milliarden Franken
weniger Einnahmen. Um
diesen Betrag auszuglei-
chen, müssten die vier
Millionen Steuerpflichtigen
durchschnittlich 375 Fran-
ken mehr Steuern bezahlen.

NEIN zu finanziellen Löchern bei den Kantonen

Die sinnlose KOSA-Initiative ist schlecht für die Kantone. Sie verlieren Einnahmen. Das heisst: Entweder müssen Bürgerinnen und Bürger höhere Steuern bezahlen oder der Service public wird abgebaut. Und dies gilt nicht nur für die Kantone, sondern auch für den Bund.

Steuererhöhungen

Eine Erhöhung der Steuern würde alle Einwohnerinnen und Einwohner in den Kantonen, aber auch alle Unternehmen treffen. Eine höhere Steuerlast vermindert die Haushaltsbudgets, hemmt die Leistung und schadet dem wirtschaftlichen Aufschwung. Während Familien ihre Gürtel noch enger schnallen müssen, wird den Klein- und Mittelunternehmen Geld für notwendige Investitionen entzogen. Es ist klar, dass mit höheren Steuern die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts leidet. Das können wir uns im internationalen Wettbewerb nicht leisten. Eine wichtige Voraussetzung, um Arbeitsplätze zu schaffen, ist und bleibt ein konkurrenzfähiges Steuersystem.

Abbau des Service public

Die andere Möglichkeit ist das Sparen bei zentralen Kantonsaufgaben wie Bildung, Sicherheit und Gesundheit. Was nichts anderes bedeutet als weniger Sicherheit in den Quartieren, reduzierter Strassenunterhalt oder Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen. Gerade im Gesundheitswesen und in der Bildung spielen die Kantone eine wichtige Rolle. Junge Familien und Rentnerinnen und Rentner wären gleichermassen betroffen.

Die KOSA-Initiative ist ein reines Luftschloss. Es steht kein Rappen zusätzlich zur Verfügung. Das Geld wird einfach den Kantonen und dem Bund weggenommen. Und die Löcher muss man nachher wieder mit höheren Steuern stopfen. So ein Unsinn!

Einnahmehausfälle für Kantone bei Annahme der KOSA-Initiative 2008 (in Mio. Franken)

	bei Ablehnung	bei Annahme	Differenz
ZH	286,423	171,854	-114,569
BE	215,015	129,009	-86,006
LU	79,127	47,476	-31,651
UR	7,773	4,664	-3,109
SZ	30,224	18,134	-12,090
OW	7,390	4,434	-2,956
NW	8,662	5,197	-3,465
GL	8,557	5,134	-3,423
ZG	23,405	14,043	-9,362
FR	56,332	33,799	-22,533
SO	55,034	33,021	-22,014
BS	42,694	25,616	-17,078
BL	59,034	35,420	-23,614
SH	16,583	9,950	-6,633

	bei Ablehnung	bei Annahme	Differenz
AR	11,747	7,048	-4,699
AI	3,281	1,969	-1,312
SG	102,712	61,627	-41,085
GR	42,844	25,706	-17,138
AG	125,956	75,574	-50,382
TG	52,086	31,252	-20,834
TI	71,413	42,848	-28,565
VD	146,766	88,059	-58,706
VS	64,070	38,442	-25,628
NE	37,714	22,629	-15,086
GE	96,644	57,986	-38,657
JU	15,180	9,108	-6,072
Total	1666,667	1000,000	-666,667

Quelle: Eidg. Finanzdepartement

KOSA INITIATIVE: NEIN!

24. September 2006

NEIN zu weniger Stabilität des Schweizer Frankens

Die Nationalbank hat einen klaren Verfassungsauftrag. Unabhängig von der Politik soll sie die Geldpolitik unseres Landes führen. Die Unabhängigkeit hat sich bewährt. Der Schweizer Franken ist stabil.

Die Nationalbank muss unabhängig bleiben

Geldpolitik und Altersvorsorge sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Es wird in aller Regel unmöglich sein, die Ziele der einen Politik mit jenen der anderen in Einklang zu bringen. Deshalb trennt die Verfassung Altersvorsorge und Geldpolitik mit Bedacht. Sie weist die eine Aufgabe dem Bund, die andere der Nationalbank zu. Damit wird sichergestellt, dass sich die Nationalbank ganz auf ihren gesetzlichen Auftrag – Sicherung der Preisstabilität – konzentrieren kann und nicht zur Erfüllung anderer Staatsaufgaben herangezogen wird.

Kurzfristiges Strohfeuer ohne Nachhaltigkeit
Die SNB rechnet mit einem Ertragspotenzial von 1,7 bis 2,5 Mrd. Franken pro Jahr. Damit muss die SNB ihren Betriebsaufwand bestreiten (250 Mio.) sowie die gesetzlich geforderte Aufstockung der Rückstellungen für Währungsreserven (rund 1 Mrd.) vornehmen. Es verbleibt somit ein Ausschüttungspotenzial in der Grössenordnung von 1 Mrd. Franken.
– Diese gingen laut Initiative an die Kantone. Für die AHV bleibt nichts übrig.

Die KOSA-Initiative setzt die Nationalbank unter Druck, immer mehr Gewinne zu erzielen und auszuschütten. Denn der Mittelbedarf der Sozialversicherungen steigt von Jahr zu Jahr. Die Konsequenz ist klar: Die Verknüpfung von Sozial- und Geldpolitik schwächt das Vertrauen in die Stabilität unserer Währung. Vertrauensverlust heisst Inflation, instabiler Franken, steigende Preise und Zinsen. Leidtragende sind wir alle:

- Konsumenten, weil Produkte des täglichen Lebens immer teurer werden.
- Wenig Begüterte, weil sie unter steigenden Preisen und Inflation am meisten leiden.
- Rentner, weil Renten und Ersparnisse zunehmend an Kaufkraft verlieren.
- Mieter und Eigenheimbesitzer, weil steigende Mieten und höhere Hypothekarzinsen immer grössere Löcher ins Portmonee fressen.
- Steuerzahler, weil Inflation die kalte Progression beschleunigt und die Steuerrechnung von Jahr zu Jahr steigt.
- Anleger im In- und Ausland, weil Anlagen in Schweizer Franken einem höheren Risiko ausgesetzt sind.
- Der Finanzplatz, weil die Schweiz und der Franken an Attraktivität verlieren.
- KMU und grosse Unternehmen, weil ihre Kredite teurer werden und die Planungssicherheit durch schwankende Kurse leidet.

Angriff auf Schweizer Franken schadet Wohlstand und Arbeitsplätzen

Der stabile Schweizer Franken wird weltweit geschätzt und besitzt eine lange Tradition. Ermöglicht hat dies die Unabhängigkeit der Nationalbank und die konsequente Trennung der Geldpolitik von anderen Politikfeldern. In keinem anderen Land werden Nationalbankgewinne zweckgebunden eingesetzt, wie es die KOSA-Initiative verlangt. Unsere Nationalbank und unsere stabile Währung sind seit Jahrzehnten Vorbild für ausländische Zentralbanken.

Das über Jahre hinweg aufgebaute Vertrauen aufs Spiel zu setzen und die Währungspolitik der Schweizer Nationalbank zum Spielball der Politik zu machen ist kurzfristig und verantwortungslos. Denn ein stabiles Preisniveau gehört mit zur Basis unseres Wohlstands.

Die Folgen der Initiative hätte nicht nur jeder Einzelne zu tragen, indem sein Lohn und seine Ersparnisse zunehmend an Wert verlieren. Auch der Wirtschaftsstandort und Werkplatz Schweiz würde darunter leiden.

KOSA INITIATIVE: NEIN!

24. September 2008

Scheinlösung

«Die Initiative überschätzt das langfristige Ertrags- und Ausschüttungspotenzial der Nationalbank massiv. Sie ist in ihrer Zielsetzung daher nicht wirklich realisierbar und präsentiert für die AHV eine reine Scheinlösung.»

Prof. Ernst Baltensperger,
Universität Bern

NEIN zu einer Scheinlösung für die AHV

Sicher ist: Der AHV müssen wir Sorge tragen. Sie ist der wichtigste Pfeiler der sozialen Altersvorsorge. Doch die künftige Finanzierung der AHV lösen wir nicht, indem man das Vertrauen in den Schweizer Franken gefährdet. Oder den Kantonen Einnahmen streicht. Das ist eine unsinnige Scheinlösung. Vor allem auch, weil bei der Initiative gar nicht garantiert ist, dass die Mittel in die AHV und nicht auch in die IV gehen. Zudem: Mit unsicheren und schwankenden Nationalbankgewinnen kann kein Sozialwerk nachhaltig gesichert werden. Die bisherige Verteilung der Nationalbankgewinne hat sich bewährt.

Trügerische Scheinlösung für die AHV

Die Initianten gehen davon aus, dass die Nationalbank jedes Jahr Gewinne von mehreren Milliarden macht. Das ist ein Irrtum. Die Experten wissen, dass die Nationalbank in wenigen Jahren nur noch durchschnittlich eine Milliarde Franken an Gewinnen ausschütten kann. Dieser Betrag würde gemäss Initiative an die Kantone gehen. Für den AHV-Fonds würde nichts mehr übrig bleiben.

Verantwortungsloser Populismus

Die AHV kann erwiesenermassen mit der Initiative nicht gesichert werden. Die Erträge der Nationalbank sind dafür zu klein. Und wenn schon die heutige AHV mit den Nationalbankgewinnen nicht gesichert werden kann, dann ist das erklärte Ziel der Initianten – der Ausbau der AHV – erst recht illusorisch. Die kürzlich eingereichte Initiative «AHV ab 62» des Gewerkschaftsbundes zeigt die wahren Absichten der Initianten: ein weiterer Ausbau der AHV mit jährlichen Zusatzkosten in Milliardenhöhe. Diese Politik bringt also keine Sicherung, sondern eine unverantwortliche Destabilisierung der staatlichen Altersvorsorge.

Wird die Initiative abgelehnt, erhält die AHV (und nicht die IV) sieben Milliarden Franken sofort und ohne Schädigung der Kantone oder der Währung. Darüber sind sich CVP, FDP und SVP einig. Bei einer Annahme der KOSA-Initiative bleiben diese Mittel beim Bund. So will es der Gegenvorschlag.